

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 450 Mark. Einzelne Nummern 20 Mark.
Bemerkungen: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14674.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Kaufbedingungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anzeigenabteil 75 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teil 150 M., unter Eingeladn 180 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungsblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfuhrentendenz, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufskarte von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 302

Freitag, 29. Dezember

1922

Vier Tage vor der Pariser Konferenz. Einigung über die Grundlinien in Berlin.

Die Reichsregierung soll sich am Donnerstag über die wesentlichen Grundlinien der noch Paris zu richtenden Vorschläge nach langem Hin und Her schlüssig geworden sein. Für Freitag ist deshalb eine abschließende Besprechung mit Vertretern der Wirtschaft beabsichtigt. Bei dem nach Paris zu übermittelnden Vorschlag handelt es sich nach unseren Informationen in der Hauptsache um einen Plan, der eine endgültige Lösung vorseht und in dem eine feste Summe, die nach Ansicht der Regierung der deutschen Leistungsfähigkeit entspricht, angegeben werden wird. Auch sind bestimmte Garantien vorgesehn, die hauptsächlich von der Industrie getragen werden sollen.

Im Verlauf der Kabinetsberatungen haben innerpolitische Motive, die von dem Reichswirtschaftsminister Becker und dem Reichsaussenminister verfochten wurden, eine gewisse Rolle gespielt. Der vorgesehene Plan an sich stellt jedoch ein Kompromiß zwischen der Auffassung der einzelnen Regierungsmitglieder dar. Eine einheitliche Auffassung, insbesondere über die Höhe der anzubietenden Summe, konnte nicht zustande kommen.

Langsam beginnt man jetzt auch in den Entente-Kreisen Vorbereitungen für die am 2. Januar in Paris beginnende Konferenz zu treffen. Bonar Law soll z. B. einen neuen britischen Reparationsplan ausgearbeitet haben, aber den er auch mit Deutschland zu verhandeln gedenkt. Das Programm scheint der Außenpolitiker Poincaré insofern entgegenzukommen, als es sich zu Sanktionen unter der Voraussetzung bereit erklärt, daß der von Deutschland zu zahlende Betrag auf eine vernünftige Summe herabgesetzt wird, aber die Sanktionen erst dann in Kraft treten sollen, wenn Deutschland die Zahlung dieser herabgesetzten Summe nicht ordnungsgemäß leistet. Sollte über die Reparationsfrage im allgemeinen eine Einigung in Paris zustande kommen, dann will der englische Ministerpräsident Vorschläge über die Lösung der Frage der alliierten Schulden machen. Während also auf der letzten Londoner Konferenz das Reparationsproblem mit der Frage der interalliierten Schulden verknüpft wurde, soll jetzt jede Frage einzeln behandelt werden. Schon daraus ist zu entnehmen, daß ein Einvernehmen zwischen England und Frankreich auch in Paris nur schwer zustande kommen wird.

Bonar Laws Reparationsplan.

London, 29. Dezember.

Bonar Law wird am Montag nach Paris abreisen. Es steht noch nicht fest, wer ihn begleitet. Im Laufe der Woche wird ein Kabinetsrat zur Besprechung der britischen Politik abgehalten werden. Einer Blättermeldung zufolge wird Bonar Law, wenn die Atmosphäre auf der Konferenz günstig ist, einen Plan zur Behandlung der Reparationsfrage einbringen.

In der Zeitschrift „Times“ wird sich in einem „England zwischen Europa und Amerika“ betitelten Aufsatz der frühere Chefredakteur der „Times“, Henry William Stead, mit den politischen Plänen Bonar Laws auseinandersetzen. Den Ausführungen Steads ist um so mehr Bedeutung beizumessen, als Stead während und nach dem Kriege ein ausgesprochener Gegner Deutschlands war und ihm infolgedessen eine Umschmückung der Tatsachen zugunsten Deutschlands vollkommen fern liegt.

Stead macht in diesem Aufsatz Poincaré darauf aufmerksam, daß er Bonar Law sehr mißverstanden habe, wenn er daran glaube, daß eine Sonderaktion Frankreichs im Ruhrgebiet den Fortbestand der englisch-französischen Entente retten könnte. Es liege nicht im Zusammenhang Bonar Laws, Drohungen anzubringen. Er ziehe es vor, anzunehmen, daß seine Mitunterredner sich über die Folgen ihrer Handlungen Rechenschaft abzulegen wissen. Bonar Law weiß sehr gut, daß das englische

Volk sich entschieden gegen eine Ausdehnung der Besetzung deutschen Gebietes wende. Bonar Law wünscht, Deutschland keine Geschenke zu machen und er wünsche auch nicht, daß dies sich seinen Verpflichtungen, die gerecht seien, entziehe. Er würde auch zustimmen, daß die englischen Forderungen gegenüber den Alliierten herabgesetzt oder annulliert würden, und er würde auch auf den englischen Reparationsanteil verzichten, wenn dadurch eine praktische Lösung der Reparationsfrage erfolgen könnte.

Aber mit einem müssen die französischen Staatsmänner unbedingt rechnen, daß Bonar Law eine Besetzung des Ruhrgebietes oder wenigstens der Hauptpunkte des Ruhrgebietes als eine Schädigung Englands und des übrigen Europas betrachte und daß eine derartige Maßnahme in jedem Falle peinliche Folgen für die französisch-englischen Beziehungen haben müsse.

Man könnte die deutsche Reparationssumme von 132 Milliarden Goldmark auf etwa 40 Milliarden herabsetzen. Man könnte die Schuldverschreibungen der Kategorie C und etwa ein Viertel der Kategorie B vernichten, ebenso die interalliierten Schulden. Es sollte aber die deutsche Schuldsumme nicht nur endgültig auf den oben erwähnten Betrag festgesetzt werden, sondern Deutschland auch die Bedingungen und die Zeiträume befristet werden, in denen es sich in billiger Weise seinen Zahlungsverpflichtungen unterziehen könnte. Man könnte auch eine Aufhebung der Reparationsleistungen unter die Alliierten vorsehen.

Die Abrüstung des ganzen Gebäudes wäre ein Vertrag zwischen Frankreich, England und Belgien, der die Sicherheit aller Interessenten gewährleisten würde, wobei gleichzeitig die Entmilitarisierung der Rheinlande unter der Kontrolle des Völkerbundes erfolgen könnte. Unter Entmilitarisierung versteht er natürlich die Räumung der Rheinlande durch die alliierten Truppen.

Poincarés Absichten für den 2. Januar.

(United Telegraph.)

Paris, 29. Dezember.

Am Dual d'Orsay herrscht gegenwärtig eine fleißigste Tätigkeit, um das technische und wirtschaftliche Programm für die am 2. Januar beginnenden Besprechungen vorzubereiten. Die Sachverständigen arbeiten Tag und Nacht. Es verlautet, daß die französische Regierung einen umfangreichen und genau begründeten Bericht ausarbeiten, um darzulegen, daß Deutschland im Laufe dieses Jahres tatsächlich die nötigen Holz-mengen zu seiner Befugung gehabt hätte, um seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Der Bericht sollergart darauf, daß die deutsche Regierung ihre Verpflichtungen absichtlich nicht erfüllt habe. Poincaré soll die sehr wohlhabende, auf der Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten unbedingt und in erster Linie die absichtliche Verletzung Deutschlands feststellen zu lassen, damit er das Recht erhält, sofort Sanktionen und Zwangsmaßnahmen anzuwenden.

Keine Note Poincarés.

Paris, 29. Dezember.

Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas dementiert die vom „Petit Journal“ verbreitete Nachricht, Poincaré würde der deutschen Regierung in einer Note mitteilen, er sei bereit, jeden Reparationsvorschlag zu prüfen, wenn er nicht auf Handelsabkommen von Privatpersonen und Finanzinstituten basiere. Diese Nachricht ist vollkommen falsch. Der Ministerpräsident hat weder eine Note über etwaige Vorschläge der deutschen Regierung nach Berlin gerichtet, noch eine Note, wie das „Petit Journal“ eben-

falls behauptet hatte, über die verweigerten Stofflieferungen.

Mussolini geht nicht nach Paris.

Paris, 29. Dezember.

Einer Meldung aus Rom zufolge erklärte Mussolini im gestrigen Ministerrat, er werde am 2. Januar nicht nach Paris gehen, denn die fehlende diplomatische Vorbereitung für die Pariser Konferenz mache es unmöglich, eine definitive Lösung des Reparationsproblems zu erzielen. Die italienischen Botschafter in London und Paris, Corsetta und Azzegano, werden Italien vertreten.

Die amerikanische Anregung zu einer Wirtschaftskonferenz.

London, 29. Dezember.

Neuer meldet aus Washington: Die erste offizielle Andeutung über die Stellungnahme zu einer internationalen Wirtschaftskonferenz erfolgte gelegentlich der gestrigen Rede von Lodge im Senat, wo dieser darauf drang, daß der Präsident nicht gehindert werden solle, bei den Bemühungen, die er gegenwärtig unternimmt, das Staatsdepartement hat es abgelehnt, sich zu äußern, aber es verlautet, daß Präsident Harding ernstlich in Erwägung zieht, dem Senat ein Rundschreiben zuzuschicken, in dem er Mitteilungen über die Verhandlungen machen und sein Bedauern über das Eingreifen des Kongresses ausdrücken werde, da seine Bemühungen vielleicht behindert könnten. Es verlautet ferner, daß Harding verschiedene Schritte darüber sondiert hat, ob eine Wirtschaftskonferenz erwünscht sei. Aber die Frage, ob diese Konferenz in Amerika abgehalten werden solle und ob Amerika daran teilnehmen werde, ist inoffiziell nicht bekannt geworden.

London, 29. Dezember.

Neuer meldet aus Washington: Präsident Harding hat in einem Briefe an Senator Lodge den Senat aufgefordert, den Antrag vorab über eine neue Wirtschaftskonferenz nicht anzunehmen, weil ihn dies bei den Verhandlungen behindern würde, die wegen einer internationalen Wirtschaftskonferenz geführt würden. Der Brief besagt, der Senat könne in angemessener Weise bezüglich internationaler Verhandlungen seinen Rat erteilen, aber ein Beschluß im Sinne vorab könnte bei den europäischen Mächten einen falschen Eindruck erzeugen. Die Regierung bemähe sich bei der Regierung der europäischen Mächte, die seit vielen Monaten in eingehender und wohlüberlegter Weise erwogen worden sei, drittlich zu sein. Der Präsident erklärt, die Reparationsfrage sei die Grundursache der europäischen Schwierigkeiten. Amerika könne aber nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen, einer Nation zu sagen, was sie an Reparationen bezahlen müsse, und einer anderen, was sie annehmen müsse.

Haller und die Warschauer Nordbergschwärzung.

Warschau, 29. Dezember.

Im Zusammenhang mit der Ermordung des Staatspräsidenten Karutowitsch haben in den letzten Tagen zahlreiche Hausjuchungen auch in Privatwohnungen stattgefunden. Die Untersuchungen ergaben u. a. die erstaunliche Tatsache, daß die Warschauer Jagdgesellschaft in ihrem Laden in der Krulenkawstraße, ohne Genehmigung des Regierungskommissars, Waffen, und zwar nicht nur Jagdwaffen, sondern auch Revolver an diejenigen Personen veräußerte, die eine Legitimation der antijewischen Aktionsgesellschaft Rogowoi vorwiesen. Auch in den Klümen des Verbandes der oberösterreichischen Russen und des Verbandes der Angehörigen der ehemaligen Hallerschen Armee fanden Revolver, Pistolen, Ferner stellte sich heraus, daß die Wohnung

des Generals Haller fortgesetzt in telephonischer Verbindung mit einem bestimmten Polizeikommissariat der Stadt Warschau stand, wodurch die Zusammenarbeit von Haller mit der Polizei gegen die Regierung sich ohne weiteres ergibt. Großes Aufsehen erregt ferner die Feststellung, daß in dem Gebäude, in dem die Ausstellung stattfand, bei deren Eröffnung der Staatspräsident ermordet wurde, am Tage des Attentats die telephonische Leitung vorher durchgeschnitten worden war.

Ein Jahr des Aufstiegs?

Die Bedeutung eines Jahres über die geschichtliche Entwicklung wird nicht in seinen letzten Tagen, sondern meist nach Jahrzehnten richtig beurteilt. Erst die Distanz läßt das wirkliche Bedeutsame eines Zeitraumes vor dem Unbedeutenden hervortreten. Wie wäre wohl im Jahre 1903 ein deutscher Schriftsteller verfaßt worden, der, zurückblickend auf das Jahr 1902, geschrieben hätte, daß dieses Jahr die Katastrophe Deutschlands besiegelt habe. Und doch war es so. England hatte damals seinen letzten Versuch gemacht, mit Deutschland in ein freundschaftliches Verhältnis zu kommen; an dem Weidenwahn Wilhelm II., an den von Tirpitz inspirierten Flottenplänen war auch dieser Versuch gescheitert. Damit entschied sich Englands Politik. Es trat auf die Seite der Gegner Deutschlands und begann die Entfesselung, die 1914 unter Verhängnis wurde. Aber wer in den Neujahrskartellen des Jahres 1903 blättert, findet kaum ein Wort über diese Wendung des Schicksals. Die wenigsten Deutschen haben überhaupt die Außerpolitik verfolgt, und noch heute dürften kaum die Hälfte der Bevölkerung nicht wissen, daß das „verfälschte Alibi“ jahrelang eifrig um die Freundschaft Deutschlands geworben hat. Und die etwas von den Dingen wußten, haben ihre Bedeutung nicht erkannt. Ihnen schien anderes weit wichtiger, was inzwischen längst vom Strudel der Ereignisse verschlungen ist.

Wird heute ein Politiker verfaßt werden, der das hinter ihm liegende Jahr 1922 als ein Jahr des Aufstiegs bezeichnet? Es ist anzunehmen. Wie — wird man ihm entgegenrufen — hast du ganz vergessen, daß in diesem Jahre der Wert der deutschen Mark, von Anfang bis Schluß betrachtet, auf den vierzigsten Teil gefallen ist? Hast du vergessen, daß in diesem Jahre die Bevölkerung einschließlich unter Teuerung, Not und Mangel gelitten hat? Doch die Entente neue Positionen gegen uns ausgeht? Doch realistische Rückversicherungen eine Tätigkeit wie nie zuvor entfalten?

Und doch... Vielleicht wird der Geschichtsschreiber von 1950, unter allgemeiner Billigung, den Satz niederschreiben: Damals, im Jahre 1922, begann, dank der konsequenten und eifrigsten Erfüllungspolitik, das Schicksal Deutschlands seine erste Wendung zum Besseren zu nehmen.

Wir erleben bereits Symptome. Sie sind so stark, daß eigentlich niemand in Deutschland — trotz der agitatorischen Phrasen der Radikalen rechts und links — eine Abkehr von dieser Politik wünscht. Als das Kabinett Birtz 1921 die Erfüllungspolitik inaugurierte mit der Begründung, daß nur so die Befreiung des Ruhrgebietes zu verhindern sei, erklärte der Führer der Deutschen Nationalen, Herr Hergt: Die Befreiung des Ruhrgebietes kommt doch, so oder so. Sie ist bisher nicht gekommen, und der Repräsentant der französischen Annexionspolitik, Herr Poincaré, hat noch kurz vor Jahreschluß die Erklärung abgegeben müssen, daß er diese Befreiung niemals beabsichtigt habe. Natürlich ist das nicht richtig. Herr Poincaré spielt die Rolle des Fuchses, dem die Trauben zu sauer sind. Wären wir aber den deutschen Nationalen gefolgt, so hätte sich gegenüber den französischen Befreiungsplänen auch nicht eine Stimme in der Welt für Deutschland erhoben. So hat das Beto Englands und Amerikas den französischen Sölden in die Schenke gebannt.

Deswegen hängt unser Zukunftsschicksal nicht voller Weigen. Der Erfüllungsweg ist rauh und hart, und er wird es auf absehbare Zeit bleiben. Aber es ist doch ein großer Erfolg, daß heute die vor Jahresfrist heiß umstrittene Forderung eines Rotarotiums und einer Anteihe für Deutsch-